

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 8. Juli 1969

Blatt 1896

Die "Kammschule" ist der Atriumschule vorzuziehen
=====

8. Juli (RK) Um Anregungen und Erfahrungen auf dem Gebiet der Schulbauten zu sammeln, besuchten Vizebürgermeister Gertrude Sandner in ihrer Eigenschaft als Kulturstadtrat und ein Expertenteam die von Walter Gropius errichtete Britz-Buckow-Rudow Gesamtschule in Berlin. Die Schule wurde von dem vergangenen Sonntag verstorbenen weltbekannten Architekten in Atrium-Form errichtet, um dem neuartigen Schulexperiment der "Gesamtschule" einen räumlich angepaßten Rahmen zu geben. Schwerpunkt jedes einzelnen Schulpavillons ist der im Mittelpunkt gelegene Großraum, der jeweils den Schülern von vier, rund um diesen Raum gruppierten Klassen als Pausen-, EB-, Lern- und Freizeitraum dient. In diesem Großraum können die viermal 36 Schüler ohne Schwierigkeiten und Platznot untergebracht werden.

Um die exponierte Stadt Berlin für Bundesbürger, aber auch für Ausländer anziehend zu machen, versucht man, die ehemalige Bundeshauptstadt zu einem Kongreß- und Experimentierzentrum zu gestalten. Ein solches Experiment ist auch das der Versuchsschule Britz-Buckow-Rudow, in der zur Zeit 1.100 Schüler die neuartige Gesamtschule besuchen.

Die Gesamtschule, die eine Ganztagschule ist, umfaßt einen Schulkindergarten, eine Grundschule mit sechs Klassen, eine sogenannte Mittelstufe, die von der siebenten bis zur zehnten und eine Oberstufe (Studienstufe), die vom elften bis zur dreizehnten Klasse reicht. Wenn der Schulbau vollendet sein wird, werden in dieser Gesamtschule insgesamt 1.700 Schüler einen völlig neuen Unterrichts- und Ausbildungsweg beschreiten können.

./.

Die Atriumhäuser dieser nahezu überwältigend großen Schulstadt bestehen aus vorgefertigten Betonelementen. Dies hat den Nachteil - und wurde von den Wiener Schulexperten sofort als unangenehm registriert - daß man an den Betonwänden nur schwer Bilder und Blumen, Landkarten oder andere Lehrmittel fixieren kann. Die Folge davon ist, daß die an sich großen und hellen Schulzimmer einen unwohnlichen, unpersönlichen Eindruck machen und das Gefühl der Intimsphäre vermissen lassen. Überdies hat Gropius zur Bedingung gemacht, daß nach der Genehmigung seiner Entwürfe nicht das geringste Detail verändert werden darf. Da der Architekt nicht nur für die äußere, sondern auch für die innenarchitektonische Ausgestaltung zuständig war, konnten sich die Lehrkräfte nicht dagegen wehren, daß er beispielsweise einen mittelgrauen Kunststoff-Fußbodenbelag und etwas heller graue Schulmöbel wählte. Ebenso trist ist übrigens auch der äußere Eindruck: die grauen Betonwände werden nur durch die schwarz angestrichenen Fensterstöcke unterbrochen.

Zusammenfassend kamen Vizebürgermeister Sandner und die sie begleitenden Experten zu der Erkenntnis, daß das in Wien angewendete "Kammbau-Verfahren" dem Atriumbau vorzuziehen ist und sich auch dann nicht als überholt erweisen wird, wenn man in Wien eines Tages im Rahmen einer Schulreform zu einer Ganztagschule übergehen sollte. Die kammförmige Gliederung der Wiener Schulbauten würde Zubauten zu jeder Zeit erlauben.

- - -

Sportstadt Berlin:

Jeder Bezirk verfügt über ein Hallenbad und ein eigenes Freibad
=====

8. Juli (RK) Im Verlauf einer Studienreise besuchte Vizebürgermeister Gertrude Sandner in Begleitung zuständiger Experten die Sportstätten und Schwimmanlagen in Berlin. Dabei stellte sich heraus, daß in der einstigen deutschen Bundeshauptstadt der Sportstättenbau nicht wie in Wien von einer zentralen Stelle, sondern von den dort üblichen Bezirksverwaltungen errichtet und betreut werden. Von dieser Tatsache ausgehend ist es verständlich, daß jeder einzelne Bezirk der von der Umwelt hermetisch abgeschlossenen Stadt über ein eigenes gedecktes Hallenbad sowie über ein bezirkseigenes Freiluftbad verfügt.

Darüber hinaus gibt es Schwerpunktsportstätten, deren hervorragendste eine Hallenschwimmportanlage ist. Der riesige Komplex ist eigentlich als Trainingsmöglichkeit für Leistungssportler gedacht. Um aber auch den Bewohnern rund um die Sportstätte die Möglichkeit zu geben, daß 50-Meter-Schwimmbecken benützen zu können, steht dieses gegen eine stündliche Benützungsgebühr von einer Mark bis 17 Uhr den Nichtleistungssportlern zur Verfügung.

Zu dem 50-Meter-Becken mit dem auf 25 Grad erwärmten Wasser gehört auch ein Zehn-Meter-Sprungturm, der so wie der im Wiener Stadionbad befindliche mit einem Lift versehen ist. Um die Schwimmtechnik der Trainierenden genau kontrollieren zu können, haben die Trainer die Möglichkeit, durch riesige Unterwasser-Fenster die Bewegungen (wie das Wenden an den Beckenenden oder die Haltung des Springers zu beobachten).

Zu den Trainingsvorrichtungen gehört auch die sogenannte Folterkammer, in der sich vom einfachen Kugelhantel bis zu den riesigen Scheibenhanteln Standfahrräder und Expander alle "Martereinrichtungen" befinden, mit deren Hilfe Muskelkraft und allgemeine Kondition verbessert werden können. Für den Rudernachwuchs gibt es wie in der Wiener Stadthalle auch ein entsprechend eingerichtetes Ruderhaus.

Aber selbst auf den allerjüngsten Nachwuchs hat man in diesem Bau nicht vergessen. Ein eigenes Bassin, dessen Wasser bis auf 27 Grad erwärmt wird, steht den Drei- bis Sechsjährigen zur Verfügung. Besonders geschulte Schwimmlehrer machen die Allerjüngsten mit den Grundkenntnissen vertraut, wobei die Eltern für einen 20stündigen Ausbildungskurs nicht mehr als fünf Mark zu bezahlen haben.

- - -

65. Geburtstag von Erich Hayek
=====

8. Juli (RK) Am 9. Juli vollendet Univ.-Prof. Dr. Erich Hayek das 65. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er an der Universität das Fachstudium absolvierte und als Assistent arbeitete. 1935 ging er nach Darmstadt, 1945 nach Innsbruck, wo er 1953 ordentlicher Professor für Anorganische und Analytische Chemie sowie Vorstand des Chemischen Instituts wurde. Professor Hayek hat zahlreiche Arbeiten veröffentlicht, die vor allem das Verhalten der Säuren, des Silberfluorids, der Salpetersäure und anderer anorganischer Verbindungen untersuchen. Weiters hat er auf dem Gebiet der Metallurgie mehrere Patente erworben. Seit 1958 ist er wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

- - -

Alois Auer-Welsbach zum Gedenken

=====

8. Juli (RK) Auf den 10. Juli fällt der 100. Todestag des ehemaligen Direktors und Reorganisators der Österreichischen Staatsdruckerei Alois Auer-Welsbach.

Er wurde am 11. Mai 1813 in Wels geboren und erlernte zunächst die Buchdruckerei. Daneben betrieb er Sprachstudien und betätigte sich in der Folge als Lehrer. Auer-Welsbach beschäftigte sich aber auch weiterhin mit den Problemen der Buchdruckerkunst und entwickelte sich zu einer Autorität auf allen typographischen Gebieten. 1841 erfolgte seine Berufung zum Direktor der k.k. Hof- und Staatsdruckerei, die in Verfall geraten war. Dieses Institut wurde unter seiner Leitung zu einem der hervorragendsten ganz Europas. Auer-Welsbach machte zahlreiche typographische Erfindungen, stellte als erster aus Maisblättern Papier und grobe Gewebe her und verwendete erstmalig in Europa Rollenpapier in der Druckpresse. Er erfand auch den Naturselbstdruck, die selbsttätige Schnellpresse und Kupferdruckpresse. Alle seine Einrichtungen, Verbesserungen und Erfindungen sind in dem umfangreichen Buch "Geschichte und Beschreibung der k.k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien" zusammengefaßt. Auer-Welsbach schuf auch die erste großangelegte typographische Zeitschrift "Faust", die in einem Textteil drucktechnische Aufsätze und literarische Beiträge brachte, im Bilderteil eine bewunderungswürdige Darstellung sämtlicher damals bekannter Drucktechniken bei der Wiedergabe von Reproduktionen bot. Auer-Welsbach wurde für seine Leistungen vielfach ausgezeichnet. Er erhielt den Adelstitel, die Mitgliedschaft der Österreichischen Akademie der Wissenschaft, zahlreiche Preise und Ehrendoktorate.

- - -

Schwarzfahren bleibt strafbar
=====

8. Juli (RK) Zu der Auffassung, daß man den Fahrschein-entwerter der Straßenbahn quasi straffrei "betrügen" könne, stellen die Verkehrsbetriebe fest, daß nach wie vor Schwarzfahren in jeder Form bestraft wird. In den meisten Fällen begnügen sich die Kontrolloren mit der nicht in Frage gestellten Form des Verwaltungsstrafverfahrens, indem sie 100 Schilling kassieren. Erst im Wiederholungsfalle haben die Verkehrsbetriebe Anzeigen erstattet.

Sachlich steht fest: Nur ein Teil der Wiener Staatsanwälte erhebt keine Anklage wegen des Verdachtes der Prellerei nach § 467 des Allgemeinen Strafgesetzes. Die Gerichte hingegen haben in allen Fällen der Anklageerhebung nach diesem Paragraphen verurteilt.

Darüber hinaus gibt es eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom 30.11.1930, wonach der listige Betrug eines Unternehmens unter Strafe gestellt wird, auch wenn keine Person irregeführt wurde. (Damals war das Schwarzfahren in einem ÖBB-Güterwagen verurteilt worden.) Wenn die Staatsanwaltschaft keine Anklage erhebt, besteht für die Verkehrsbetriebe die Möglichkeit der Subsidiaranklage nach § 48 der Straßenpolizeiordnung. Gegenwärtig wird ein solcher Modellfall beim Bezirksgericht Floridsdorf "durchexerziert". Die Verkehrsbetriebe haben die Absicht bis zum Obersten Gerichtshof zu gehen, um dem Schwarzfahren Einhalt zu gebieten.

Die durch die Zeitungsmeldungen vielleicht bei einzelnen Fahrgästen geweckte Hoffnung, daß sie nun durch Schwarzfahren bestenfalls ein "Kavaliersdelikt" begehen oder ein sportliches Ereignis einleiten, wird auch zunichte, weil die Verkehrsbetriebe allenfalls nach den Bestimmungen des § 44 Eisenbahngesetz vorgehen werden. Und der sieht für Schwarzfahren eine Höchststrafe von 10.000 Schilling oder zwei Wochen Arrest vor!

In jedem Fall ist jedoch die Einhebung der Strafgebühr von 100 Schilling durch die Kontrollorgane gerechtfertigt. Die einschlägige Bestimmung hiezu ist in den Beförderungsbedingungen und Tarifen in der Wiener Zeitung vom 23.12.1966 und im Amtsblatt der Stadt Wien vom 21.12.1966 kundgemacht worden.

Bürgermeister empfing Geschäftsführer der Hilfsgemeinschaft
der später Erblindeten Österreichs

8. Juli (RK) Bürgermeister Bruno Marek empfing heute vormittag in seinem Arbeitszimmer Direktor Robert Vogel von der Hilfsgemeinschaft der später Erblindeten Österreichs. Vogel überreichte dem Bürgermeister ein mit eigenhändiger Widmung versehenes Exemplar einer Sondernummer der von der Hilfsgemeinschaft herausgegebenen Zeitschrift "Unser Schaffen".

Robert Vogel, der vor kurzer Zeit seinen 60. Geburtstag feierte, erblindete im Alter von 18 Jahren. Seit dieser Zeit ist er unermüdlich für die später Erblindeten Österreichs tätig. Dank seiner unerhörten Dynamik gelang dem gelernten Kaufmann aus Hernals im Jahre 1951 der Aufbau einer muster-gültigen Blindenpension in Unterdambach bei Neulengbach in Niederösterreich. Außerdem war Vogel maßgebend bei der Verabschiedung der wichtigen Landesblindenbeihilfengesetze beteiligt. Bürgermeister Marek lobte das unermüdliche Wirken Direktor Vogels und unterstrich die Leistungen der Gemeinde Wien auf dem Sektor der Blindenhilfe. So wurde von der Stadtverwaltung ein vorbildlicher Blindengarten im Döblinger Wertheimsteinpark geschaffen.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

8. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 6 bis 7 S, Gurken 5 bis 6 S, Kochsalat 4 S, Paradeiser 6 S je Kilogramm.

Obst: Bananen 7 bis 8 S, Kirschen 8 bis 10 S, Ribisel 8 bis 10 S je Kilogramm.

- - -

Wiener Landesregierung: vier Gesetzesentwürfe eingebracht
=====

8. Juli (RK) In der heute unter Vorsitz von Landeshauptmann Bruno Marek abgehaltenen Sitzung der Wiener Landesregierung sind vier Gesetzesentwürfe eingebracht worden, die der Landtag am Freitag dieser Woche beraten wird. Es handelt sich um die Novellierung des Vergnügungssteuergesetzes 1963 (Vergnügungssteuergesetznovelle 1969), um die Abänderung abgabenrechtlicher Vorschriften sowie um den Entwurf des Gesetzes über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe (U-Bahn-Abgabe). Diese drei Gesetzesentwürfe referierte Vizebürgermeister Felix Slavik, eine Novelle zur Abänderung des Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetzes 1969 hat Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig eingebracht.

Außerdem werden in der Freitag-Sitzung des Wiener Landtages behandelt: ein Gesetz, durch das Angelegenheiten des Dienstrechtes der Beamten der Bundeshauptstadt Wien als solche des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde bezeichnet werden, sowie Abänderungen des Wiener Feuerwehrgesetzes und des Wiener Feuerpolizeigesetzes.

Senkung der Vergnügungssteuer bei Veranstaltungen für die Jugend

Nach dem Vergnügungssteuergesetz für Wien aus dem Jahr 1963 sind Veranstaltungen, die der Jugendpflege dienen, sofern sie hauptsächlich für Jugendliche und deren Angehörige dargeboten werden, grundsätzlich vergnügungssteuerfrei. Diese Freistellung erfolgt aber nicht bei Tanzbelustigungen, bei Filmvorführungen oder für Veranstaltungen, bei denen alkoholische Getränke verabreicht werden. Außer Zweifel ist geblieben, daß die Verabreichung alkoholischer Getränke mit Jugenderziehung unvereinbar ist, jedoch sind Jugenderzieher und das Landesjugendreferat der Gemeinde Wien nunmehr der Ansicht, daß Tanzveranstaltungen für die Jugenderziehung notwendig sind, weil sie eine von Jugendlichen bevorzugte gesellschaftliche Funktion haben. Ebenso muß die Auffassung

anerkannt werden, daß Filmvorführungen, wenn sie vor allem mit Diskussionen verbunden sind, für die Jugenderziehung wertvoll sind. Für diese letztgenannten beiden Arten von Veranstaltungen soll nun in Hinkunft keine Vergnügungssteuer mehr eingehoben werden. Der daraus sich für die Gemeinde Wien ergebende Minderertrag an Vergnügungssteuer wird jährlich mit 13,5 Millionen Schilling beziffert.

Die Standpunkte hinsichtlich Dienstgeberabgabe zur U-Bahn-

Finanzierung

Zur Sicherstellung des Baues der Wiener U-Bahn, und zwar in einer Form, daß der Bau zu keinem Zeitpunkt aus materiellen Gründen eingestellt oder unterbrochen werden muß, dient die Einführung der Dienstgeberabgabe, erklärte heute Vizebürgermeister Felix Slavik bei der Einbringung des Gesetzesentwurfes in der Wiener Landesregierung. Es wird alles daran gesetzt werden, das vorliegende Projekt der U-Bahn nicht erst in zwölf Jahren, sondern schon in zehn Jahren fertigzustellen. Sollten die vorgesehenen Mittel einmal nicht ganz verbraucht werden, dann werden solche Beträge einer U-Bahn-Rücklage für das kommende Jahr zugeführt. Andererseits wird aus allgemeinen Budgetmitteln zugesprochen werden, falls es der Baufortschritt erfordert.

Stadträtin Dr. Maria Schaumayer bekannte sich im Namen ihrer Fraktion grundsätzlich zum Bau der U-Bahn, meint aber, daß bei Aufnahme einer Anleihe von relativ geringem Umfang das Projekt schon in acht Jahren fertig sein könnte. Eine detaillierte Begründung ihrer Auffassung übergab sie zur Weiterleitung an das Finanzreferat. Die ÖVP werde dem Gesetzesentwurf in der jetzigen Form nicht zustimmen.

Stadtrat Kurt Heller verwies darauf, daß das Tempo der Fertigstellung nicht allein von der Finanzierung abhängt, sondern auch von der Leistungsfähigkeit der Baufirmen, wobei man bedenken muß, daß während der Bauzeit der übrige Verkehr aufrecht erhalten werden muß. Was die vorhandenen Mittel betreffe, so dürfe nicht vergessen werden, daß es neben der U-Bahn auch noch andere unaufschiebbare Großprojekte gibt, wie die III. Hochquellenwasserleitung, die Großkläranlage, der Hochwasserschutz usw.

Vizebürgermeister Slavik warnte davor, das U-Bahn-Projekt wirtschaftlich einseitig zu sehen. Es müsse doch auf die vielen Unternehmungen Rücksicht genommen werden, die sich nicht nur mit Tiefbau beschäftigen. Der Hochbau und andere Arbeiten dürfen schon im Hinblick auf die Erhaltung der Vollbeschäftigung keineswegs eingeschränkt werden. Ferner ist es notwendig, endlich größere Erhaltungsarbeiten durchzuführen, wenn wir uns nicht der Gefahr des Verfalls verschiedener Einrichtungen aussetzen wollen. Für all das müssen zusätzliche Mittel aufgebracht werden. Auch der Bedarf an Baugründen wird immer größer. Verzichten wir auf weitere Grundkäufe, so schädigen wir die Entwicklung unserer Stadt. Mit der gesellschaftlichen Entwicklung hängt es zusammen, daß unsere Aufgaben ständig wachsen. Es liegt in unserer Hand, wie wir mit der Zukunft fertig werden. Bei einer Steuer in dieser Form soll man nicht nur die Belastung sehen, sondern auch die damit verbundene Möglichkeit der Erfüllung all unserer Wünsche. Abschließend appellierte Slavik an alle, sich zu einer aktiven Wirtschaftspolitik zu bekennen.

- - -

Richtigstellung zur Aussendung "Schwarzfahren"

=====

8. Juli (RK) In unserer Aussendung "Schwarzfahren bleibt strafbar", Blatt 1901 soll es im dritten Absatz, 7. Zeile, richtig heißen: ". . . nach § 48 Strafprozeßordnung" (nicht Straßenpolizeiordnung).

- - -

Schweinehauptmarkt vom 8. Juli

=====

8. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Verkauft alles. Neuzufuhr 3.927. Davon Durchläufer 855, Gesamtauftrieb dasselbe.

Preise extrem: 16.20 bis 17, 1. Qualität 15.20 bis 16, 2. Qualität 14.30 bis 15.10, 3. Qualität 13.30 (davon 20 Stück) 13.50 bis 14.20. Zuchten extrem 12 bis 12.50, Zuchten 11 bis 11.80. Altschneider 10.30 bis 11. Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 36 Groschen und beträgt 15.21.

Außermarktbezüge in der Zeit vom 4. bis 8. Juli (ohne Direkteinbringungen in die Bezirke) 1.649.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 8. Juli

=====

8. Juli (RK) Auftrieb am Zentralviehmarkt 7 Stück, davon 1 Fohlen. 4 Pferde aus Niederösterreich, 20 aus dem Burgenland und 1 Pferd aus der Steiermark. Verkauft wurden als Schlacht-tiere 4, als Nutztiere 0, sodaß 3 unverkauft blieben.

Notierungen: Schlachttiere Fohlen 16 S, Pferde extrem 0. 1. Qualität 11.20, 2. Qualität 9 bis 10, 3. Qualität 0. Auftrieb im Auslandsschlachthof 43 Pferde aus Jugoslawien laut Mitteilung der MA 60 wurden verkauft zum Preis von 9 bis 14.50.

Marktverkehr: Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 31 Groschen. Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtfohlen ermäßigte sich um 1 S je Kilogramm. Durchschnittspreis für Schlachtpferde 10.07. Schlachtfohlen 16, Schlacht- und Nutzpferde 0. Pferde und Fohlen 11.55.

- - -